

hinweg gegangen. Die Autoren zeigen auf, auf welch schwankendem Grund Konjunkturinterpretationen stehen, wenn sie sagen, das reale Sozialprodukt habe sich um diesen oder jenen Prozentsatz gegenüber dem vorletzten oder einem noch früheren Jahr verändert.

Einige, kleinere Monita seien erwähnt.

Ich fände es schön, wenn das Sachregister durch ein Personenregister ergänzt werden könnte. Man sucht gelegentlich nach einem Autor, dessen Name nicht, weil nicht mit einem Theorem verbunden wie etwa im Falle der Phillips-Kurve, Eingang in das Sachregister gefunden hat. Und warum Gossen mit den Gossen'schen Gesetzen *vor* dem Sachregister platziert ist, erschließt sich dem Leser nicht.

Dass bei der Erörterung der verschiedenen Kostenfunktionen in Kap. 5.5. nur der Fall linearer Gesamtkosten und damit konstanter Grenzkosten dargestellt wird, obwohl in Kap. 5.8. und Kap. 6 steigende Grenzkosten benötigt und dargestellt werden, dürfte einen Studienanfänger verwirren.

Mit der Einführung ökonomischer Variablen in Form von Wachstumsraten zu warten bis Kap. 27, erscheint unzumutbar. An etlichen früheren Stellen hätte man sich diese Schreibweise gewünscht. Spätestens im Kapitel über Inflation (Kap. 24) wäre sie angebracht gewesen, ist Inflation doch eine Preissteigerungsrate. Die in diesem Kapitel verwendeten Graphiken zeigen auf der Ordinate jedoch die Preise, nicht die Preissteigerungsrate, sodass in diesen Diagrammen Inflation als Gleichgewichtspunkt gar nicht angezeigt werden kann. Die Nutzung von Wachstumsraten wäre insbesondere auch in Kap. 11 hilfreich gewesen, wo man den Zusammenhang zwischen den Wachstumsraten von Geldmenge, Umlaufgeschwindigkeit, Preisen und Produktion in der Quantitätstheorie und den Zusammenhang zwischen den Wachstumsraten von Preisen, Löhnen und Arbeitsproduktivität in der produktivitätsorientierten Lohnpolitik hätte nutzbar machen können. Zusammenfassend: Ich halte das Buch, auch noch in der 19. Auflage, für nach wie vor aktuell und frisch und empfehle es gerne sowohl für den akademischen als auch den nicht-akademischen Lehrbetrieb. Es bewährt sich, aus guten Gründen, seit vielen Jahren auf einem äußerst kompetitiven Markt mit sehr starker, insbesondere ausländischer Konkurrenz. Man denke nur an Autoren wie Samuelson, Stiglitz, Mankiw, Krugman, die alle – alleine oder mit Koautoren – international weit verbreitete, in die Volkswirtschaftslehre einführende Lehrbücher geschrieben haben.

Das gute, auf die Finanzkrise von 2008/09 antwortende neue Kapitel 16 vor Augen und die griechische – ökonomische – Tragödie vom Frühjahr 2010 im Sinn, freut man sich schon auf die 20. Auflage, in der man dann vermutlich ein neues Kapitel finden kann, in dem – mit nostalgischem Blick auf Regeln von ehemals wie die No-Bail-Out-Klausel und das Ankaufsverbot öffentlicher Schuldtitel durch die Europäische Zentralbank – über die Vertragstreue von EU-Ländern und EU-Institutionen räsoniert werden dürfte. (khs)

Walter Wittmann: Staatsbankrott

Orell Füssli Verlag, Zürich

3. Auflage 2010.

192 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag

ISBN 978-3-280-05374-4

CHF 39.90 / € (D) 24.90

Die seit dem Jahr 2007 schwelende Finanzkrise, die mit Insolvenzen privater Bauherren in den USA begonnen hatte, über Zusammenbrüche von Banken in den USA und Europa weitergegangen ist, hat nunmehr sogar den Bankrott ganzer Staaten in den Bereich des Möglichen gerückt. Zwar waren seit dem Ende des zweiten Weltkrieges Staatsbankrotte durchaus keine Seltenheit, aber sie waren beschränkt auf Schwellen- und Entwicklungsländer. Nunmehr droht jedoch sogar wohlhabenden Industrieländern, ihrer zerrütteten Staatsfinanzen nicht mehr Herr zu werden. Kein Wunder, dass unter diesen Umständen Aufklärungsbedarf über diesbezügliche Gefahren besteht.

Walter Wittmann, emeritierter Professor der öffentlichen Finanzen an der Universität Freiburg/Schweiz und streitbarer Liberaler, hat sich des Themas angenommen. In seinem Buch „Staatsbankrott“ erklärt er, „Warum Länder Pleite gehen“, „Wie es dazu kommt“ und „Weshalb uns das was angeht“. Der Autor verbindet in seinem Buch in gelungener Weise akademische Expertise und politische Einsichten und bedient sich erfreulicherweise einer klaren, lebhaften Sprache.

Das Buch hat 4 Teile: Nach einem einführenden, eine (offenbar wertbeständige) Anleihe bei Marx machenden Kapitel „Ein Gespenst geht um“ wirft der Autor in Teil 1 einen Blick in die Geschichte der Staatsbankrotte und fragt, welche Lehren daraus zu ziehen sind.

Teil 2 ist einer international vergleichenden Bestandsaufnahme von Schuldenstand und Neuverschuldung gewidmet und diskutiert Grenzen der Verschuldung. Angesichts der in



etlichen Ländern erkennbar bereits überschrittenen Grenzen ökonomisch vertretbarer Verschuldung, stellt der Autor in Teil 3 Elemente eines Sanierungsprogramms vor. Sie folgen strikt marktwirtschaftlichen Grundsätzen und binden sozial motivierte staatliche Unterstützung an das Subsidiaritäts- und das Individualprinzip. Da der Autor wenig Hoffnung hat, dass das von ihm skizzierte Sanierungsprogramm politische Mehrheiten finden wird, widmet er sich im letzten Teil 4 einem wahrscheinlichen „Countdown“, nicht ohne den Leser am Ende mit einigen Ratschlägen zu hoffentlich verlustvermeidender, zumindest aber verlustminimierender Vermögensanlage in Zeiten des Staatsbankrotts zu versehen.

Ein Staatsbankrott liegt vor, wenn der Schuldner „Staat“ von ihm aufgenommene Kredite nicht mehr zurückzahlen kann oder will. Die Lehre aus der Geschichte ist, dass in den meisten Fällen verlorene Kriege einem Staatsbankrott vorausgingen. Zur Kriegsfinanzierung zwangen die Regierungen kriegführender Staaten meistens die Zentralbanken ihrer Länder direkt oder indirekt dazu, die Staatsschuld-papiere anzukaufen, d.h. zu „monetisieren“. Die damit einhergehende Geldschöpfung führte zu einer Entwertung des Geldes in Form von Inflation und Abwertungen der heimischen Währung.

Die aktuelle Entwicklung in den Industrieländern zeigt jedoch, dass dauerhafte Haushaltsdefizite und die daraus resultierende wachsende Staatsverschuldung mit drohenden Staatsbankrotten nicht nur als Folge von Kriegen auftreten, sondern auch andere Ursachen haben können. Wittmann benennt zwei solcher Ursachen: Eine (falsch konzipierte) keynesianische Konjunkturpolitik sowie eine (überbordende) Sozialpolitik.

Er zeigt, dass den in der Konjunkturkrise zu Recht eingesetzten staatlichen Ausgabenerhöhungen keine zur Kompensation erforderlichen staatlichen Ausgabenkürzungen in besserer Konjunkturlage folgen, sodass aus einer temporären konjunkturellen Verschuldung eine dauerhafte strukturelle Zunahme der Staatsverschuldung wird. Er zeigt auch, dass die implizite, in den Pensionsansprüchen der öffentlich Bediensteten steckende Staatsverschuldung in manchen Ländern, so auch in Deutschland, ein Mehrfaches der anhand der umlaufenden Staatsschuldtitel gemessenen, expliziten Verschuldung ist. Er macht ferner darauf aufmerksam, dass in die Berechnung der Haushaltsdefizite und der Verschuldung der Gebietskörperschaften nicht nur die Bundesebene sondern auch die Landes- und Kommunalebene einbezogen werden müssen. Darüberhinaus nimmt er zurecht auch die Verschuldung von privaten Haushalten und Unternehmen in den Blick, weil, wie die Finanzkrise gelehrt hat, aus den privaten Schulden von Banken, die „too big to fail“ sind, sehr rasch öffentliche Schulden werden können. Schließlich ist es für die Bewertung der Verschuldung wichtig, ob die Gläubiger Inländer oder Ausländer sind und –damit zusammenhängend, aber nicht damit identisch – ob die Schulden in in- oder ausländischer Währung gehalten werden. Ohne diese Unterscheidung ist der Begriff Staatsverschuldung nämlich hochgradig missverständlich. Er kann zum einen die Verschuldung des inländischen öffentlichen Sektors (Bund, Land, Gemeinde) gegenüber den inländischen Privaten (Unternehmen, Haushalte) oder, zum anderen, die Verschuldung aller Inländer gegenüber den Ausländern bedeuten.

Wenngleich es, wie der Autor überzeugend darlegt, keine verlässliche, einzelne Ziffer gibt, anhand derer man das staatliche Insolvenzrisiko ablesen könnte, so gibt es doch eine Fülle ver-

fügbaren Indikatoren, deren Niveaus und deren zeitliche Entwicklung eine drohende Gefahr erkennen lassen.

Die vom Autor präsentierten Daten zeigen, dass die aus Haushaltsdefiziten resultierenden Schuldenquoten (Schulden: BIP) 2008 am höchsten in Japan (173%) waren, gefolgt von Italien (104%) und Griechenland (93%). Deutschland und die USA lagen mit 64% und 73% nahezu gleichauf, während z.B. Spanien mit 35% eine vergleichsweise geringe Staatsverschuldung aufweist. Addiert man für das Jahr 2008 die privaten Schulden hinzu, bleibt Japan mit 400% an der Spitze, gefolgt nun aber von Großbritannien (260%), USA, Frankreich, Italien je 220%, sowie Deutschland 190%. Die implizite Verschuldung aus der Rentenversicherung und den Pensionslasten liegt in Deutschland bei 270% des BIP, sodass sich eine Gesamtbelastung von 460% in Deutschland ergibt. In den anderen Ländern Europas ist sie eher höher als niedriger. In Japan liegt sie bei ca. 600% am BIP. Man muss ferner sehen, dass diese Ziffern nicht nur hoch sind, sondern in der Nachkriegszeit in den meisten Ländern auch ständig gestiegen sind, und das in Friedenszeiten, zudem bei hohem Wachstum. Da ferner das jetzige Zinsniveau extrem niedrig ist und so nicht bleiben wird, ist absehbar, dass etliche Staaten, aber auch Unternehmen und Haushalte in Schwierigkeiten kommen werden, wenn die Zinsen – was leicht passieren kann – sich in Zukunft verdoppeln oder gar verdreifachen werden.

Um drohenden Staatsbankrotten zuvor zu kommen, empfiehlt Wittmann bittere Medizin: Privatisierung, Subventionsabbau, Abschaffung des Beamtenstatus, Entlohnung im öffentlichen Dienst nach Leistung statt nach Alter. Abschaffung der Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten zu den Sozialversicherungen, Umwandlung der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung in Einmal-Erhöhung der Löhne und anschließende Beitragszahlungen ausschließlich durch die Versicherten, Umstellung der Krankenversicherungsbeiträge von der Lohnabhängigkeit auf Risikoabhängigkeit.

Angesichts des derzeit von Politikern noch als wenig dringlich empfundenen Handlungsbedarfs sieht Wittmann allerdings wenig Chancen, politische Mehrheiten für seine Vorschläge zu gewinnen. Deshalb diskutiert er Szenarien im Vorfeld eines Staatsbankrotts. Er sieht Moratorien, Umschuldungen, Zwangsanleihen und den partiellen Schuldenerlass als Bestandteile der kommenden wirtschaftspolitischen Optionen. In länderspezifischer Hinsicht sieht er Japan und die südeuropäischen Länder als hochgradig gefährdet, die USA wegen der Leitwährungsfunktion des US \$ und Deutschland wegen seiner vergleichsweise stabilitätsbewussten Politik als weniger gefährdet.

Ob er die Einschätzung Deutschlands nach den beschlossenen Hilfspaketen für Griechenland und die übrigen schwächeren Euro-Mitgliedsländer aufrecht erhält, wird man vermutlich seinem nächsten Buch entnehmen können. Zu hoffen ist, dass er die faktische Abschaffung der No-Bail-Out-Klausel und des Ankaufsverbotes von Staatsschuldtiteln durch die EZB als das Geißeln wird, was sie sind, nämlich ein glatter Vertragsbruch. Unter tätiger Mithilfe der jetzigen Bundesregierung wurden diese beiden Vorschriften, an deren Einfügung in den Maastricht-Vertrag die damalige Bundesregierung (und die deutsche Bevölkerung) ihre Zustimmung zur Abschaffung der DM gekoppelt hatten, mit einem Federstrich beseitigt – um das Linsengericht einer temporären Beruhigung der Finanzmärkte. Die so vermiedene Bankrotterklärung Griechenlands

wird – kommunizierenden Röhren gleich – als höhere Bankrottwahrscheinlichkeit bei den übrigen Euro-Mitgliedsstaaten wiederkehren. Dass dies Wittmanns (und anderer Ökonomen) Einschätzung zu Deutschland unberührt lassen wird, steht nicht zu erwarten.

So überzeugend die ökonomische Analyse ausfällt und so lebensklug die ursachenadäquaten Problemlösungen entgegenstehenden politischen Prozesse beschrieben werden, so gibt es doch auch einige Mängel zu vermeiden, die wohl einer allzu knapp bemessenen Schreib- und Redaktionszeit zuzuschreiben sind. So findet sich die No-Bail-Out-Klausel nicht im EG-Vertrag (von 1967), sondern im EU-Vertrag (von 1992), und zudem nicht in Artikel 103, sondern in Artikel 104b (S. 15). Ferner findet sich in Artikel 105 der deutschen Verfassung die Vorschrift, wonach Neuverschuldungen des Staates in Höhe der von ihm getätigten Investitionen zulässig sind, seit Juli 2009 nicht mehr. Stattdessen findet sich dort jetzt die Schuldenbremse, die – wenn sie eingehalten werden sollte – die Schuldenquote auch bei mäßigem Wachstum reduzieren sollte (S.73). Die Steuerbelastung habe, so wird auf Seite 55 gesagt, die 50%-Grenze schon vor vielen Jahren in vielen Ländern überschritten. Der Autor meint hier vermutlich nicht die Steuer- sondern die Abgabenquote, denn in Deutschland z.B. liegt die Steuerquote seit Jahrzehnten bei 23%-24 % (S. 55). Auf Seite 39 wird die weltwirtschaftliche Depression (der 30-er Jahre) als „verheerend“ statt „verheerend“ etikettiert, was ihr einen – originellen – ehrfürchtig-göttlichen statt des bisher üblichen schrecklich-martialischen Charakter zubilligt. Und schließlich war Colbert nicht der Finanzminister von Ludwig XVI, sondern von Ludwig XIV und er lebte auch nicht (wie Calvin) von 1509-1564 sondern von 1619-1683.

Diese Monita ändern freilich nichts daran, dass Wittmann ein Buch geschrieben hat, dem wegen seines brisanten Inhalts, der, wie auf dem Umschlagsblatt geschrieben steht, uns alle was angeht, viele Leser zu wünschen sind. (khs)

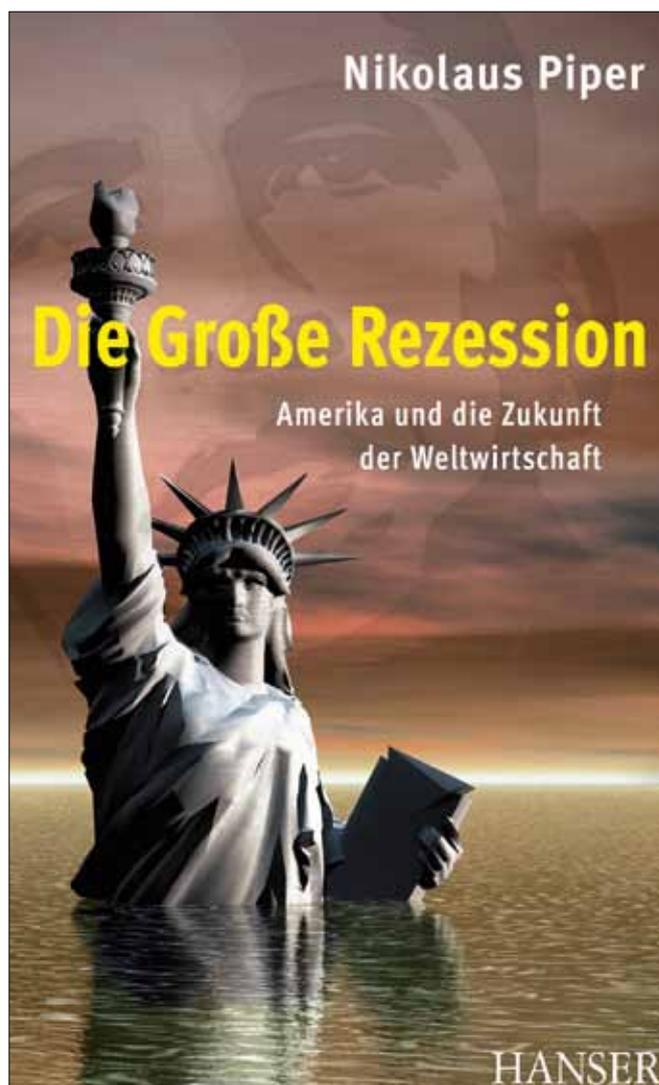
Nikolaus Piper: Die Große Rezession. Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft

Carl Hanser Verlag, München 2009. 312 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag

ISBN 978-3-446-41952-0

€ 19,90

Das Jahr 2009 wird in die Geschichtsbücher eingehen: In den USA verschwinden drei der fünf größten Investmentbanken und die verbleibenden beiden flüchten unter das Dach der Bankenaufsicht. Die beiden größten Hypothekenbanken werden unter staatliche Kontrolle genommen und die größte Versicherung wird mit staatlichen Mitteln vor dem Bankrott gerettet. In Deutschland wird eine Privatbank verstaatlicht, andere Privatbanken und öffentliche Landesbanken werden durch staatliche Eigenkapitalzufuhr am Leben erhalten, und der gesamte Bankensektor wird durch eine staatliche Einlagengarantie vor einem Bankrun bewahrt. Das Bruttosozialprodukt sinkt um 4,9% so stark wie nie zuvor seit 60 Jahren. In England und Frankreich ist die Lage ähnlich, Island müsste, wenn es für die Schulden seiner Banken einstehen würde, Staatsbankrott anmelden.



Zusätzlich zu den Bankenrettungsprogrammen schnüren die Finanzminister zur Bekämpfung der Auswirkungen der Bankenkrise auf Produktion und Beschäftigung schuldenfinanzierte Konjunkturpakete. Die USA nehmen ein Budgetdefizit in Höhe von 14% gemessen am BIP in Kauf. Deutschlands Defizit liegt mit 5% fast doppelt so hoch wie nach den Maastricht Kriterien zulässig und muss sich dennoch vom IWF mahnen und von Krugman beschimpfen lassen, es tue zu wenig für die Konjunktur. Die Zentralbanken in aller Welt, an der Spitze die FED und die EZB, kaufen Schuldtitel zweifelhafter, genauer: unzweifelhaft schlechter, Qualität. Sie schleusen so das Zinsniveau auf nahe null herunter und überschwemmen die Märkte mit Liquidität. Regierungen und Zentralbanken nehmen das Risiko von Staatsbankrott und Inflation in Kauf, um Schlimmeres zu verhindern.

Wie konnte es dazu kommen?

Das ist die Frage, der Nikolaus Piper in der vorliegenden Schrift nachgeht. Dass er das tut, überrascht nicht. Viele andere, Wissenschaftler, Publizisten und frühere Politiker haben sich ebenfalls dieser Frage gewidmet. Aber *wie* er das tut, ist, wie im Folgenden zu zeigen ist, meisterhaft.

In 16 Kapiteln entfaltet Piper ein Panorama der Krise. Die Kapitel folgen nicht schematisch der Chronologie der Ereignisse, sondern kreisen, mit neugierig machenden Überschriften wie z.B. „Der Minsky-Moment“, „Schwarze Materie“ und „Der Heilige Gral“, um thematische Schwerpunkte wie etwa